

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Marokko

Datum: 10. September 2015

Hohe Beteiligung bei Regional- und Kommunalwahlen in Marokko

Marokko setzt seinen Weg der Reformpolitik und Stabilität eindrucksvoll fort

Die Reduzierung von sechszehn auf zwölf Regionen sowie eine stärkere finanzielle und administrative Unabhängigkeit der Gebietskörperschaften vom politischen Machtzentrum der Hauptstadt Rabat sind wesentliche Elemente des großen Reformvorhabens der fortgeschrittenen Regionalisierung in Marokko. In der 2011 nahezu einstimmig angenommenen Verfassung sind in Titel IX, den Regionen und Gebietskörperschaften insgesamt zwölf Artikel explizit gewidmet. Die Stärkung von Regionen und Kommunen nach dezentralem Muster sowie die schrittweise Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips sollen die Demokratisierung und die politische Partizipation in Marokko weiter vorantreiben.

In seiner Ansprache vom 20. August 2015 hat König Mohammed VI. die Bedeutung der Regionalisierung für den demokratischen Entwicklungsprozess im alauitischen Königreich nachdrücklich bekräftigt. In diesem Zusammenhang sprach er nicht nur von einer „Regionalisierung im Sinne einer demokratischen Essenz und einer integralen wirtschaftlichen Entwicklung für das ganze Land“, sondern auch von einer nachhaltigen „Modernisierung staatlicher Strukturen“. Er forderte alle Marokkanerinnen und Marokkaner nachdrücklich auf, sich an der Zusammensetzung der Regionalräte und der Kommunalparlamente durch ihre Teilnahme an den landesweiten Regional- und Kommunalwahlen am 4. September 2015 zu beteiligen. Die Umsetzung dieses großen strukturellen Reformvorhabens wird fraglos zu einem wesentlichen Teil von der Qualität und der Kompetenz der gewählten politischen Vertreter auf regionaler und kommunaler Ebene abhängen. Zudem sollte die Wahl ein Stimmungsbarometer für die Arbeit der von der *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* (PJD) angeführten Regierungskoalition um Ministerpräsident Benkirane sein. Laut Abdelali Hamieddine, Mitglied des PJD-Generalsekretariats, spricht das Wahlergebnis für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der aktuellen Regierungsarbeit der PJD. Außerdem sollte die Wahl Aufschluss über den Willen der Bevölkerung zur politischen Mitbestimmung im Land geben.

Hohe Wahlbeteiligung

Nach offiziellen Angaben und vorläufiger Verkündung des amtlichen Endergebnisses lag die Wahlbeteiligung bei knapp 54 Prozent. Damit lag sie um 2 Prozent höher als bei den letzten Kommunalwahlen 2009 sowie um 9 Prozent höher als bei den Parlamentswahlen im November 2011. Demnach sind von 14 Millionen Wahlberechtigten 8,12 Millionen zu den Urnen gegangen. Etwa 4.000 internationale und nationale Wahlbeobachter, zivilgesellschaftliche Vereinigungen wie der *Marokkanische Rat für Menschenrechte* (CNDH) und das Innenministerium sprachen von einem reibungslosen und weitgehend regelkonformen Ablauf der Wahlen. Nach einer umfassenden Evaluierung des Wahldurchgangs lobte der CNDH die strenge Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, sprach sich aber für eine höhere Frauenquote, die den demographischen Entwicklungen des Landes Rechnung trage sowie für eine Vereinfachung der Stimmzettel aus, die auch der nicht alphabetisierten Wählerschicht eine Teilnahme ermöglicht hätte. Im Vorfeld wurde immer wieder vom Stimmenkauf der Parteien berichtet, insbesondere in sozial prekären Stadtteilen der Großstädte und auf dem Land. Hier seien jedoch alle Parteien gleichermaßen aktiv gewesen. So argumentierten Kritiker, dass vor allem im Vorfeld des islamischen Opferfestes (23. bis 27. September), an dem traditionell fast alle marokkanischen Familien ein Schaf zur Schlachtung im Gedenken an Abraham und den Ursprung des Monotheismus kaufen, die Geldnot in den entsprechenden sozialen Milieus schwerer laste als sonst. Die öffentliche Denunzierung des Kaufs von Wählerstimmen durch Parteimitglieder und Medien stellt die demokratische Praxis freier und fairer Wahlen, der sich Marokko erneut durch die Verfassung von 2011 verpflichtet hat, in Frage. Die jüngsten Regional- und Kommunalwahlen waren die ersten Wahlen, die seit Annahme der neuen Verfassung 2011 durchgeführt wurden. Sie galten als Probe für den Reform- und Demokratisierungsprozess Marokkos.

Die Wahlbeteiligung muss mit knapp 54 Prozent in einem Land mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und weit verbreitetem Politikverdruss als hoch bezeichnet werden. So lässt sich die hohe Wahlbeteiligung auf die gestiegene Anzahl der offiziell registrierten Wahlberechtigten (2 Mio. Wahlberechtigte mehr als 2009) und auf das Interesse der Bevölkerung für Mitbestimmung in öffentlichen Angelegenheiten auf lokaler Ebene zurückführen. Optimisten rechneten im Vorfeld mit einer Wahlbeteiligung von 40 bis 45 Prozent. Mit knapp 54 Prozent konnten die Erwartungen allerdings deutlich übertroffen werden. Aufgrund der Wahl einiger Minister zu Mitgliedern der Kommunal- und Regionalräte ist in den kommenden Wochen mit einer Regierungsumbildung zu rechnen.

PJD und PAM stärkste Kräfte

Das vorläufige amtliche Endergebnis bestätigt, dass die PJD derzeit der wichtigste politische Akteur auf parlamentarischer Ebene in Marokko ist. Nachdem die Partei bereits die vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahr 2011 gewonnen hatte, wurde sie mit 25,66 Prozent der Stimmen auch im Zuge der Regionalwahlen zur stärksten politischen Kraft im Land, gefolgt von der palastnahen und eher aus Technokraten bestehenden *Partei Authentizität und Modernität* (PAM) mit 19,47 Prozent sowie der traditionell national-konservativen *Unabhängigkeitspartei* (Istiqlal) mit 17,55 Prozent. Sie profitierte dabei vor allem von den gebildeten Mittelschichten in den marokkanischen Städten und ihrer landesweit gut organisierten Basisarbeit. So erzielte die PJD in fast allen Großstädten (Casablanca, Rabat, Marrakesch, Fès, Agadir und Tanger) Mehrheiten. Dagegen konnte die PAM vor allem in den ländlichen Regionen Gewinne verbuchen. Dennoch hat auch die PJD außerhalb ihres städtischen Wählerspektrums enorm zugelegt und konnte ihre Stimmen in den ländlichen Regionen nach aktuellen Pressemitteilungen mehr als verdoppeln.

Als weitere Sieger dieser Wahl gehen die Frauen hervor. Mit 6.673 Sitzen in den Kommunalräten konnten sie im Vergleich zu den Kommunalwahlen im Jahr 2009 fast doppelt so viele Sitze erringen.

Bestätigung der *Ruling elite*

Die verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung sowie der ruhige Verlauf der Wahlen am 4. September 2015 sind ein weiteres Indiz dafür, dass die Bevölkerung die in der Verfassung von 2011 verankerten Reforminitiativen mehrheitlich unterstützt. Die Beteiligung ist nicht nur ein Zeichen für den friedlichen Transformationsprozess Marokkos im Hinblick auf mehr Demokratie und politische Mitbestimmung, sie ist zugleich ein Bekenntnis zu der nach wie vor stark von der *Ruling elite* um König Mohammed VI. geprägten innen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gestaltung des Landes. Auch die Marokkaner wünschen sich Veränderung in ihrem Land. Vor allem im Bereich der ökonomischen Teilhabe, im Hinblick auf die fragile Sicherheitslage in weiten Teilen Nordafrikas und des Nahen Ostens befürworten sie jedoch die von der politischen Elite vorgegebene Geschwindigkeit des Demokratisierungsprozesses, zu dem auch die Regionalisierung und Dezentralisierung gehören. Dass die große außerparlamentarische islamische Oppositionsbewegung *Gerechtigkeit und Spiritualität* (Al Adl ua al Ihsan) unbehelligt zum Boykott der Wahlen aufrufen durfte und dabei die politische Klasse und das gesamte System schärfster Kritik aussetzte, zeigt letztlich, dass Marokko seinen Ausnahmeweg eines zwar langsamen, aber doch kontinuierlichen politischen Reformprozesses ohne eine Fragmentierung der Gesellschaft erfolgreich fortzusetzen vermag. Damit ist Marokko derzeit zweifellos das einzige Land, dem das in einer derart friedlichen Art und Weise in der arabischen Welt gelingt. Neben der Oppositionsbewegung *Gerechtigkeit und Spiritualität* riefen auch zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Parteien zum Wahlboykott auf und stießen dabei auf Widerstand. Mitglieder der *Marokkanischen Vereinigung für Menschenrechte* (AMDH) und der linksorientierten Partei Al-Nahj al-Dimocrati wurden bei einer Versammlung, bei der sie zum Wahlboykott aufriefen, festgenommen. Trotz ihrer raschen Freilassung wurde dieser Vorfall vom Innenministerium massiv kritisiert. Der CNDH, hochrangige Politiker und Parlamentsabgeordnete sprachen sich anschließend für eine freie Meinungsäußerung, u. a. dem Appell zum Wahlboykott, aus.

Die jüngsten Entwicklungen bestätigen auch das Engagement der Hanns-Seidel-Stiftung in Marokko, die in zwei Projektansätzen Rechtsstaatlichkeit und Verwaltungsreform sowie administrative und ökonomische Dezentralisierung unter Einbeziehung von Genderaspekten auch in benachteiligten und strukturschwachen Regionen nachhaltig fördert. Beide Projekte korrespondieren dabei in erster Linie mit den in der Verfassung verankerten Titel IX. zu den Gebietskörperschaften und Regionen sowie Titel XII. zur Guten Regierungsführung und zur Stärkung der Organe zur Förderung der nachhaltigen menschlichen Entwicklung und partizipativen Demokratie.

Autor: Dr. Jochen Lobah, Regionalbeauftragter Hanns-Seidel-Stiftung in Marokko/Mauretanien, mit Sitz in Rabat

Beitrag unter Mitarbeit von Ingrid Heidlmayr, Wissenschaftskoordinatorin der Hanns-Seidel-Stiftung Marokko/Mauretanien

IMPRESSUM

Erstellt: 10. September 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de